

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach Konto Dresden 2138. Giro Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erstein an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten — hat der Verleger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Reichsmark: Die sechsmal gepaltene Beizeile Woffe's
Zeilenmessen 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0,20.
Ämtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer
Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Eingehung der Anzeigengebühren
durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter
:: :: :: Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung :: :: ::

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörn, Brettnitz, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. A. Jörstgers Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 83

Montag, den 6. Juli 1925

77. Jahrgang

Das Wichtigste.

Der Abbruch der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen steht bevor, ohne zu einem Ergebnis gekommen zu sein.

Die Presse des Saargebietes fordert in einem Schreiben an den Völkerverbund Freiheit der öffentlichen Meinung. Gelsenkirchen und Recklinghausen werden am 15. Juli geräumt.

Verteilung und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Lehrerverammlung.) Dienstag, den 7. Juli findet in Pulsnitz unter Vorsitz des Bezirkschulrates eine amtliche Versammlung der Berufsschul- und Volksschullehrer des Amtsgerichtsbezirks statt; sie wird sich vorwiegend mit Grundschulfragen befassen. An diesem Nachmittage fällt der Unterricht aus.

Pulsnitz. (Blitzschlag.) Bei dem am Sonnabend nachmittag über unserer Gegend auftretenden schweren Gewitter schlug ein Blitz in das im Ortsteil Vollung gelegene Berndtsche Wohnhaus (Siedlung), ohne zu zünden.

(Einreichung von Lohnzetteln.) Die Arbeitgeber haben nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen wie bisher ohne besondere Aufforderung jedoch nur noch für solche Arbeitnehmer, deren Bruttoarbeitslohn in einem Kalenderdrittelsjahr nach Abzug des steuerfreien Lohnbetrags den Betrag von 3000 RM übersteigen hat, binnen 10 Tagen nach Ablauf des Kalenderdrittelsjahres einen Lohnzettel an das für den Arbeitnehmer zuständige Finanzamt zu überreichen.

(Scharfe Ueberwachung der Ausverkäufe.) Wie der Wirtschaftsverband mitteilt, hat das sächsische Wirtschaftsministerium scharfste Ueberwachung der Ausverkäufe und Berichterstattung über Wahrnehmung von Mißständen angeordnet. Es werden daher ganz eingehende Kontrollen und Ermittlungen angestellt werden. Angesichts dieser Tatsache und in der sicheren Voraussetzung, daß dieses Beispiel auch außerhalb Leipzig und Sachsens Schule machen wird, legen wir sämtlichen Einzelhandelsfirmen dringend ans Herz, auf das Sorgfältigste und Vorsichtstige bei den diesjährigen Ausverkäufen zu verfahren. Selbst flüchtigste Fehler sind unbedingt zu vermeiden, da die Gefahr besteht, daß, wenn irgendwelche Mißstände festgestellt werden, die Tendenzen obliegen werden, die darauf abzielen, daß Ausverkaufswesen so gut wie ganz zu erdrosseln, was im Interesse eines gesunden kaufmännischen Wettbewerbs außerordentlich schädlich wäre. Im übrigen sei noch darauf hingewiesen, daß folgende Artikel dem Ausverkauf nicht unterstellt werden dürfen: Möbel, Beleuchtungsgegenstände, Linoleum, Lederwaren, Reiseartikel, Porzellan, sowie Haus- und Küchengeräte. Diese im Einverständnis der beteiligten Fachgruppen, sowie der Warenhausgruppe getroffenen Beschränkungen im Ausverkauf sind von den organisierten Einzelhändlern unbedingt anzuerkennen.

Ohorn. (Straßenneubau.) Die Gemeinde Ohorn beabsichtigt, anlässlich eines Straßenneubaus den Pulsnitzfluß auf den Flurstücken Nr. 827 und 830 für Ohorn auf rund 40 Meter Länge zu verlegen und dort zu überbrücken. Nach dem Wassergesetz ist hierzu die Genehmigung der Amtshauptmannschaft als Wasseramt erforderlich. Es wird dies mit der Aufforderung bekanntgegeben, etwaige Einwendungen binnen zwei Wochen vom Erscheinen der Bekanntmachung an gerechnet, bei der Amtshauptmannschaft anzubringen.

Baigen. (Aus dem Kirchendienst geschieden.) War vor einigen Monaten der langjährige Pfarrer von Kleinbaugen, Pastor Theodor Dobrutzky, der als Führer des radikalen wendischen Flügels seinerzeit auch weiteren Kreisen bekannt geworden ist. In Gemeinschaft mit Barth gehörte er dem Wendischen Nationalausschuß an. Vor einigen Monaten legte er sein Amt nieder, um in der Tschechoslowakei ein Rittergut zu übernehmen. Jetzt hat er wieder ein geistliches Amt im Kreise Hildburghausen übernommen.

Baigen. Ein gerichtliches Nachspiel dürfte der Tod des Schuhmachermeisters Franz Braun finden, der, wie berichtet, einer Alkoholvergiftung zum Opfer gefallen ist. Wie verlautet soll eine Wette den Anlaß zu den alkoholischen

Erzeß gegeben haben, indem er sich einem hiesigen Klempnermeister gegenüber verpflichtete, zwölf Doppeldecker Kognat auszutrinken. Nach einer anderen Version soll man ihm 90 prozentigen Alkohol in seine Getränke gemischt haben. Volle Klarheit wird erst der Fortgang der noch im Gange befindlichen Untersuchung bringen.

Dresden. (Auf der Spur des Doberzeiter Mörders.) Die Dresdner Kriminalpolizei teilt uns mit: Nach einer Meldung aus Greiz soll der flüchtige Mörder des Straßenoberwärters Keil in Doberzeit bei Pirna der Tischler Hugo Kahl, bestimmt am 26. Juni 1925 nachmittags in Zeulenroda gesehen worden sein und zwar soll er dort ein Stück Wegs auf dem Trittbrett eines Autos innerhalb der Stadt mitgenommen worden sein. Die Personenbeschreibung, die der betr. Kraftwagenführer erst später, nachdem der flüchtige das Auto bereits verlassen hatte, auf einem Platane gelesen hat, deckt sich genau mit der Kahl's. Der Unbekannte hat getragen: Hellgraue Windjacke, braune Manchesterhose, schwarze Schuhe, ob Samachen oder Stutzen ist fraglich, eine abgetragene graue hohe Sportmütze mit Schild (auch blaue Mütze). Er war etwa 1,70 Meter groß, schlank, hatte dunkle Gesichtszüge, blaues Aussehen, hellblondes Haar, bartlos, etwas breiten Mund. Der 22-jährige Täter hat ein jugendliches Aussehen und spricht Berliner Mundart. Er trug ein Paket und einen Spazierstock bei sich. Wahrscheinlich hat sich die Person in der Richtung Bayern oder Südböhmen weitergeben. Nicht ausgeschlossen ist es, daß die Person der tschecho-slowakischen Grenze zutreibt. — Nach einer anderen Meldung soll der Täter vor wenigen Tagen in Garbol (Kreis Hildesheim) gesehen worden sein. — Unter Hinweis auf die Belohnung von 1000 M wird um scharfe Fahndung nach dem Täter und um sachdienliche Mitteilungen an das Kriminalamt Dresden gebeten. Das Lichtbild Kahl's ist in allen polizeilichen Fahndungsblättern veröffentlicht. Bei seiner Festnahme ist Vorsicht geboten, da er Waffen bei sich trägt.

Der Streik der Bauarbeiter.

Hierzu wird von Arbeitnehmerseite mitgeteilt:

In der Nr. 80 des Pulsnitzer Tagesblattes werden die Arbeiter des Baugewerbes von den Unternehmern hingestellt, als ob erstere die Schuldigen seien, daß es zu diesem Kampfe gekommen ist. Der Sachverhalt ist aber wesentlich anders. Es muß festgestellt werden, daß der Kampf entbrannt ist, weil seitens der Unternehmer auch nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt worden ist. Die Forderungen der Gewerkschaften einer Erhöhung von 30 Pfg. pro Stunde ist, zumal für den hiesigen Bezirk, durchaus nicht zu viel. Diese ist auch von den Vertretern ausföhrlich begründet worden. Vor allen können es die hiesigen Bauarbeiter nicht verstehen, daß sie 23 Pfg. billiger arbeiten sollen als in Dresden, wo doch nicht bestritten werden kann, daß der Bauarbeiter in Pulsnitz genau so teuer lebt als in Dresden, es sich also höchstens um die Miete handelt, die hier etwas billiger ist; dies rechtfertigt keineswegs den großen Unterschied. Es gibt auch kein anderes Gewerbe, was derartige Lohnunterschiede kennt. Es wird dann gesagt, daß die Bauarbeiterlöhne über das Maß hinausgingen, was volkswirtschaftlich verantwortet werden könne. Man redet sogar davon, daß die Löhne auf das 3fache gesteigert werden sollen. Davon kann gar keine Rede sein, denn vor dem Kriege verdiente ein Maurer bei voller Arbeitszeit wöchentlich 27,93 M, heute 34,56 M, das ist eine Erhöhung von 25 %. Daß dies unzureichend ist für einen Bauarbeiter, der im günstigsten Falle nur 1/4 Jahr Arbeit hat, und die Lebenshaltungskosten durchschnittlich um das Doppelte gestiegen, bedarf keiner weiteren Begründung. Wie man da von einer Verdrückung der Vorkriegslöhne reden kann, bleibt ein Geheimnis der Arbeitgeber. Wie steht es nun aber mit den Forderungen der Unternehmer gegenüber dem hiesigen Publikum aus? Während man sich früher mit 10 Pfg. pro Stunde Meistergebühren begnügte, verlangt man heute 40 Pfg., das ist eine Verdreifachung! Mit was ist denn das begründet? Gaben vielleicht die Arbeitgeber nur höhere Ausgaben und in dieser Höhe? — Auch die Baumaterialienpreise sind über das Doppelte gestiegen. Davon wird aber nicht geredet, nur wenn der Arbeiter auch seinen Teil davon verlangt, damit er wenigstens menschenwürdig leben kann, da sind das unerschämte Forderungen. Nein, das Bauen wird wesentlich verteuert durch die hohen Materialpreise und durch die viel zu hohen Gebühren. — Auch will man mit der Forderung nach Ferien gruselig machen. Hat nicht auch der Bauarbeiter ein Recht darauf, wo doch alle andern Arbeiter welche haben? Ja, die Unternehmer haben doch schon seit 1922 in ihre Meistergebühren 1 1/2 % für Ferien eingelegt, oder ist das jetzt nicht mehr der Fall? Ferner wollten die Arbeiter die Arbeitszeit verkürzen. Es soll nur die bestehende Arbeitszeit festgelegt werden und zwar für unser Gebiet 48 Std., in den Großstädten

allerdings auf 45 1/2 Std. — Wenn man nun noch alledem von unerbittlichen Forderungen redet, so will man damit nur die Öffentlichkeit irreführen. Der Bauarbeiter ist Saisonarbeiter, und deshalb muß er auch etwas höheren Lohn haben als andere. Dies ist aber heute nicht der Fall, wenigstens hier in der Amtshauptmannschaft Kamenz nicht. Stehen doch die Holzarbeiter, Steinarbeiter, Maler usw. hier im Lohn höher als der Bauarbeiter. Die Bauarbeiter werden jedenfalls den ihnen von den Arbeitgeberern aufgedrungenen Kampf weiter führen, bis auch ihnen der gerechte Anteil aus dem Arbeitsprozeß zuteil wird.

Vor dem Abbruch der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 6. Juli. Havas verbreitet über die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen die Nachricht, daß die beiden Delegationen in einer Vollziehung die endgültige Aufstellung der Liste vornehmen werden, damit die Stellungnahme der beiden Parteien klar zum Ausdruck komme. Nach der gleichen Agentur soll französischerseits über den weiteren Verlauf der Verhandlungen eine optimistische Auffassung vorherrschen, da nur noch in vier Punkten Meinungsverschiedenheiten bestünden, namentlich was Farbstoffe und Weine anbetreffe.

Hierzu erfährt man, daß im Laufe der zwischen Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Handelsminister Chaumet geführten Verhandlungen sich gezeigt hat, daß noch ein großer Abstand zwischen den beiden Auffassungen besteht. Man habe sich besonders in den für den deutschen Export wichtigen Fragen noch nicht einigen können. Die französische hat bei der deutschen Delegation vier Listen übermittelt. Dr. Trendelenburg wird eine Besprechung mit Handelsminister Chaumet haben, bei der sich ergeben wird, ob überhaupt noch die Möglichkeit besteht, die Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg fortzusetzen und sie so rechtzeitig zum Abschluß zu bringen, daß das Abkommen noch vor den beiderseitigen Parlamentsferien ratifiziert werden kann.

Deutschland, Osteuropa und die Weltlage.

Kiel, 6. Juli. Auf Einladung des Vereins deutscher Studenten in Kiel hielt der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. H o e g h in der Aula der Kieler Universität einen Vortrag über Deutschland, Osteuropa und die Weltlage. Der Vortragende kennzeichnete die wirtschaftliche und politische Lebensfähigkeit der durch den Versailler Vertrag im Osten und Süden Deutschlands entstandenen kleinen Staaten. Polen sei ein Staat, der in seiner politischen und nationalen Zersplitterung trotz guter wirtschaftlicher Voraussetzungen weder eine selbständige Politik noch eine eigene Volkswirtschaft zu gründen vermöchte. Redner hält eine Stärkung Polens, durch Anschluß an die kleine Entente für ebenso unmöglich, wie die Bildung der oft besprochenen Donau-Föderation. Deshalb könne auch das Sechsmillionenvolk Deutschösterreich in seiner jetzigen Form nicht bestehen bleiben. Wirtschaftliche Notwendigkeiten würden früher oder später den Anschluß an Deutschland erzwingen, auch gegen den Willen der Gegner. Die Türkei werde erst dann in der Politik eine Rolle spielen, wenn sich das Streben Russlands nach dem Mittelmeer und damit der alte russisch-englische Gegensatz wieder bemerkbar mache. Aus eigener Anschauung sei dem Redner trotz der großen Mängel und Schwächen der bolschewistischen Herrschaft die Gewissheit geworden, daß Rußland ein Staat sei, mit dessen politischen Auswirkungen Deutschland und die Welt unbedingt rechnen müssen. Das Interesse an der Einstellung Russlands sei erstmalig durch seine Verträge mit Japan und China in den Brennpunkt der Weltpolitik gerückt worden. Dem Vorbild Japans werde Amerika folgen müssen. Durch das Eingreifen Amerikas in die europäischen Verhältnisse, das mit dem Dawes-Vertrag seinen Anfang nahm, werde die durch den Versailler Vertrag erzwungene Statistik der europäischen Verhältnisse ins Wanken kommen.

Gegen die Beschränkung der deutschen Luftschiffahrt.

London, 6. Juli. Die Wochenschrift „New Statesman“ schreibt, es würde schwer fallen, einen klareren Beweis der niederschmetternden Zwecklosigkeit gewisser Teile des Versailler Vertrages zu finden, als die Veröffentlichung des „abgeänderten“ Planes der Beschränkungen für den Bau und die Verwendung von Luftfahrzeugen in Deutschland. Die Zeitschrift bezeichnet die neuen Bestimmungen als dazu angetan, ein Höchstmaß von Erregung mit einem Mindestmaß von Sicherheit zu verbinden. Natürlich würden sie von allen deutschen Kreisen abgelehnt werden.

Die Saarregierung unterdrückt die öffentliche Meinung.

© Saarbrücken, 6. Juli. In einer Denkschrift an den Völkerrundrat in Genf wendet sich der Verband der Saarpresse mit der Bitte um den Schutz der Pressefreiheit im Saargebiet. Anlaß zu dem Memorandum gab das jüngste Verbot der Neunkirchner Volkszeitung auf vier Wochen, die die Regierungskommission des Saargebietes wegen ihres Verhaltens bei der Jahrtausendfeier im Saargebiet angegriffen hatte. Die Denkschrift sagt u. a., die mit dem 12. März 1923 in Kraft getretene Notverordnung der Regierungskommission für das Saargebiet, die die schärfste Mißbilligung des Völkerrundrates gefunden hat, enthielt weitreichende Zwangsmittel zur Unterdrückung der Pressefreiheit. Veranlaßt durch die Proteste in der Ratsitzung, sah sich die Regierungskommission genötigt, diese Verordnung wieder aufzuheben. Den ihr dabei gegebenen Rat der völligen Aufhebung glaubte sie aber nicht Rechnung tragen zu können, weshalb sie unter dem 12. Juni 1923 eine etwas veränderte neue Verordnung erließ, die aber gerade die Zwangsmittel gegen die Presse und die Pressefreiheit in Kraft ließ. Danach können auch heute noch in unveränderter Weise die Druckschriften beschlagnahmt werden. Die Denkschrift zählt dann die einzelnen Verbote namentlich auf und kommt zu dem Ergebnis, daß unter der Wirkung der Notverordnung und ihres Erfasses die saarländischen Zeitungen auf rund ein Jahr durch Verbote am Erscheinen verhindert und gewaltsam unterdrückt worden seien. Zum Schluß betont die Denkschrift, daß durch solche Zwangsmittelmaßnahmen dem Ansehen des Völkerrundrates und auch der Regierungskommission starker Abbruch getan wird. Es wird dann die Bitte an den Völkerrundrat gerichtet, auf die Regierungskommission des Saargebietes dahingehend inzuwirken, daß sie in Zukunft solche einseitige Zwangsmittelmaßnahmen gegen die Presse des Saargebietes unterlasse und die Bestimmungen der Ersatznotverordnung sofort aufhebe.

Räumung von Gelsentirchen und Reddinghausen.

© Essen, 6. Juli. Der Stadt Gelsentirchen ist von der Besatzungsbehörde offiziell mitgeteilt worden, daß die Stadt Gelsentirchen von den Besatzungstruppen bis zum 15. Juli geräumt wird. Die gleiche Benachrichtigung ist den Gemeinden im Banntreise Gelsentirchen zugegangen, in denen noch französische Truppen liegen. Reddinghausen wird wahrscheinlich bis zum 14. Juli von der Besatzung geräumt werden. Die Stadtverwaltung hat von der Besatzungsverwaltung ein Schreiben erhalten, in dem mitgeteilt wird, daß die Feststellung der Besatzungsschäden in den einzelnen Wohnungen in den nächsten Tagen erfolgen werde. Die Uebergabe der Wohnungen an die Stadtverwaltung soll in der Zeit vom 9. bis einschließlich 14. Juli vor sich gehen.

Vor der Oberhausdebatte über auswärtige Angelegenheiten.

© London, 6. Juli. Im Unterhaus fand ein Kabinettsrat statt, in dem, wie verlautet, fast alle auswärtigen Angelegenheiten behandelt wurden. Im besonderen wurde das chinesische Problem erörtert. Es wurden die allgemeinen Richtlinien für die Regierungserklärung, die im Oberhaus bei der Debatte über auswärtige Angelegenheiten abgegeben wird, festgelegt. Der Sprecher der Regierung wird sich bei dieser Gelegenheit nicht nur mit dem Sicherheitspakt, sondern auch mit der Lage im fernen Osten, wahrscheinlich auch mit den britischen Beziehungen zu Moskau beschäftigen.

Die Lage in China.

© Paris, 6. Juni. Nach einer Meldung des New York Herald aus Washington besagt eine offizielle Mitteilung der Regierung der Vereinigten Staaten, daß man sich mit keinem Vorschlag beschäftigt, eine internationale Konferenz einzuberufen, um die Frage der Exterritorialität in China, wie sie durch die Resolution der Washingtoner Konferenz von 1922 vorgegeben ist, zu beraten.

New York, 6. Juli. Die Chicago Tribune aus Peking vermerkt, scheint der Abbruch der diplomatischen Verhandlungen wegen des Zwischenfalls in Schanghai bevorzustehen, wodurch die Gefahr der Erneuerung des Boykotts gegen Großbritannien und neuen Unruhen entstehen würden. Die drei chinesischen Kommissare haben endgültig ihren Rücktritt erklärt und es abgelehnt, mit den Vertretern der Mächte zu verhandeln, wenn diese nicht die Befugnis hätten, über alle 13 chinesischen Forderungen zu beraten.

London, 6. Juli. Der Peking-Berichterstatter des Daily Telegraph meldet, ein Vertreter Tschangjins befindet sich augenblicklich in Peking, um festzustellen, welche Unterstützung Tschangjin von den Mächten erhalten würde, falls er energisch für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und den angemessenen Schutz fremden Lebens und Eigentums eintreten würde. Es verlautet, daß die Politik der Nichtmischung in innerchinesische Angelegenheiten die Mächte daran hindere, Tschangjin die gewünschte Unterstützung zu gewähren.

Times melden aus Hongkong, der Streit dehne sich weiter aus. Die Post werde nicht mehr ausgegeben.

Daily News glauben, daß Großbritannien Schritte gegen Moskau wegen der Propaganda: Sowjet-Rußlands in China unternehmen werde.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph erklärt von neuem, daß die gegenwärtige diplomatische Lage zwischen Großbritannien und der Sowjet-Regierung schmerzlich so bleiben könne, wie sie gegenwärtig ist. Der parlamentarische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, die Regierung werde im Oberhaus, wo Lord Oxford and Asquith die Debatte über die Außenpolitik einleiten werde, nicht nur über den Sicherheitspakt, sondern auch über die Lage in Ostasien sowie auch wahrscheinlich über die Beziehungen zu Moskau Erklärungen abgeben.

Schanghai, 6. Juli. Chinesische Soldaten haben um Chapei herum Laufgräben aus und errichten Stacheldrahtperren in der Umgebung der großen westlichen Straße, etwa 200 Meter von der Grenze des Fremdenviertels entfernt. Der Polizeiergeant Macdonald wurde von etwa 50 Rußs, darunter auch Frauen, angegriffen und schwer verletzt.

Vom marokkanischen Kriegsschauplatz.

Verstärkter Druck Abdel Krims.

© Paris, 6. Juli. Havas veröffentlicht einen Bericht über die Lage an der französischen Marokkofront. Danach ist die Lage bei den Rhun und Ghezoun unverändert. Der Posten von Tazant ist ohne Zwischenfälle verproviantiert worden. Die Abteilungen von Fichtala und Schararga im Norden zeigen ziemlich Beunruhigung infolge der feindlichen Vorstöße im Süden von Rebaa des Slez. Sicherheitsmaßnahmen sind getroffen worden. Zwischen Slez und Min Nidja werden Einbrüche gemeldet. Die Lage ist ruhig in Min Maatouf und in Bu Halima, wo die mobilen Truppen am oberen Leben nicht belästigt worden sind. Die durch die feindliche Propaganda stark bearbeiteten Esoul zeigen sich über die Einbrüche südlich von Milla, wo man eine feindliche Truppe von 1200 Mann meldet, beunruhigt. Westlich von Kiffane haben Zusammenstöße stattgefunden. Der Feind ist ebenso wie im Norden von Sidi bei Racem zurückgeschlagen worden. Nach einem weiteren, verspätet in Paris eingetroffenen Communiqué aus Fez führen die Dissidentenstämme ihre Vorstöße im Süden des Uergha fort, wobei sie die Dörfer südlich von Relaa des Slez in Brand stecken und bis auf 20 Kilometer nordwestlich von Tissa vorgedrungen sind, wo sie durch franzosentreuere Stämme und irreguläre Eingeborenen-Reiter aufgehalten werden. Am Zusammenflusse des Ued Bou und des Ued Msoun haben Dissidentenkontingente versucht, den Ued Msoun zu überqueren. Gegen Tagesende sind sie nach einem sehr heftigen Kampfe im Norden zurückgeschlagen worden. Im ganzen Gebiet und vor allem im Osten verstärkt der Feind gegenwärtig seinen Druck.

Die Lage auf dem rechten Flügel in Marokko scheint sehr gespannt zu sein. Ein am 3. Juli in Rabat ausgegebenes offizielles Communiqué besagt: Im Westen hat die mobile Truppe nach Norden vordringend, Cituna erreicht. Der Posten von Tazant ist ohne Zwischenfall verproviantiert worden. Die Lage ist in dem Frontabschnitt sehr gespannt, da der Feind seine Truppen verstärkt.

Französische Schandurteile.

© Landau, 6. Juli. Vor dem französischen Kriegsgericht in Landau kam der Fall Morio, der auch zu einer Interpellation im bayerischen Landtag geführt hat, zur Verhandlung. Die Anklage gegen den 23-jährigen Landwirt Karl Morio, den Sohn des Bürgermeisters in Ranschbach, lautet auf Beschimpfung und drohende Haltung gegenüber den französischen Gendarmen, Beleidigung der französischen Armee, sowie verbotenen Waffenbesitz. Die Beschimpfung wurde darin erblickt, daß Morio bei seiner Festnahme ein „wildes Gesicht“ gemacht hat, und die feindselige Haltung darin, daß er mit erhobenen gefesselten Händen den französischen Gendarmen, als einer von diesen erwähnte, Morio habe in der Reichswehr gedient, zugerufen hat, daß die Reichswehr doch schöner als das französische Heer ist. Diese Bemerkung wurde als Beleidigung der französischen Armee ausgelegt. Durch Zeugenausagen wurde einwandfrei festgestellt, daß der junge Morio von den französischen Gendarmen sofort geschlagen und gefesselt wurde, noch ehe der Revolver, den er vor den französischen Gendarmen in Sicherheit bringen wollte, gefunden worden war. Obwohl sämtliche Anklagepunkte mit Ausnahme des Waffenbesitzes widerlegt wurden, wurde Morio zu drei Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Sein Vater, der Bürgermeister von Ranschbach, erhielt 15 Tage Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe wegen beleidigender Haltung gegenüber den französischen Gendarmen. Er war erst auf wiederholte Mitteilung zu den französischen Gendarmen gegangen und hatte lediglich Auskunft über den ihm bisher unbekannten Grund der Verhaftung seines Sohnes verlangt. Als er darauf keine Antwort erhielt, sagte er in ruhiger Tone, daß er sich dann an den französischen General in Landau wenden müßte. Das französische Kriegsgericht legte diese Bemerkung so aus, als ob Morio damit die französischen Gendarmen in der Ausübung ihres öffentlichen Dienstes habe hindern wollen.

Außerdem standen noch sieben Einwohner von Ranschbach, von denen vier seit dem 10. Juni in Untersuchungshaft sind, wegen beleidigender Haltung unter Anklage. Der Landwirt Scherthan und der Krämer Kruse wurden zu je 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Scherthan hatte seiner Entrüstung über die Denunziationen Ausdruck gegeben. Der Krämer Kruse, der bei seiner Verhaftung gleichfalls mißhandelt wurde, hatte den Bürgermeister Morio von der Verhaftung seines Sohnes benachrichtigt. Der Landwirt Breitich erhielt wegen Bestehens eines unbefugten Militärbewaffnungers 1 Monat Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe und sein Vater wegen angeblicher beleidigender Haltung 100 Mark Geldstrafe, weil er bei der Hausdurchsuchung den französischen Gendarmen erklärte, er wisse nicht, ob sein Sohn noch eine Waffe besitze. Die Mitangeklagte Agathe Doll, die Hauptzeugin der Mißhandlung und Verhaftung des jungen Morio, die bei der Mißhandlung des Morio geschrien hatte: „Sie schlagen ihn tot!“ wurde freigesprochen.

In der Sitzung des Landauer Kriegsgerichtes erklärte ein französischer Verteidiger, die französische Militärjustiz sei unerbötlich und arbeite nur mit Vermutungen und Annahmen. Wie erinnerlich, hat sich der in dieser Angelegenheit verhaftete Landwirt Peter Laug aus Ranschbach im französischen Militärgefängnis erhängt.

Aus aller Welt.

** Der Nordprozeß Leherer in Budapest hat in der letzten Verhandlung die völlige Unglaubwürdigkeit der Angeklagten zutage gefördert. Diese hatte festgestellt, daß zwischen ihre Akten versehentlich die Akten über die Ermordung zweier sozialdemokratischer Redakteure geraten war, und schöpften hieraus Material für ihre Aussagen. Trotzdem ein Zeuge ihr vorkam, sie hätte im Januar ein ausführliches Geständnis zu Protokoll gegeben und damals sogar noch Korrekturen veranlaßt. Jetzt leugnet sie hartnäckig die damals gegebene Tat und macht Andeutungen, sie werde drei Briefe vorlegen, die ihre Unschuld beweisen müßten.

** Ein brennender Dampfer. In den Hafen von Neapel kehrte der Dampfer „Columbia“ zurück, weil kurz nach dem Auslaufen die Holzladung in Brand geraten war. Der Brand konnte nach langer mühsamer Arbeit von der Saken-

polizei gelöscht werden. Der Schaden ist sehr beträchtlich, da auch der Schiffskörper erheblich gelitten hat.

** Der erste Ministerpräsident Litauens verurteilt. Das Gericht in Kowno verurteilte den ersten Ministerpräsidenten Litauens, Professor Waldemaras, zu 2 Wochen Gefängnis, weil dieser sich eine verleumdende Beleidigung des früheren Leiters der Presseabteilung der litauischen Gesandtschaft in der Schweiz habe zuschulden kommen lassen.

** Heftige Stürme. Aus Montpellier werden Stürme gemeldet, die in einem großen Teil Südfrankreichs von heftigen Regengüssen begleitet waren und großen Schaden besonders an der Maisernte angerichtet haben.

** Hamm, 5. Juli. Bluttat einer Zigeunerbande in Huesken. Eine schwere Bluttat hat sich in Huesken zugetragen. Dort waren in einer Wirtschaft Zigeuner und Korbflechter eingekerkert, die miteinander in Streit gerieten. Dabei kam es zu einer Schießerei, in deren Verlauf der am Streit völlig unbeteiligte Geschäftsführer Gruben aus Hüsten einen Kopfschuß erhielt, der kurze Zeit darauf den Tod herbeiführte. Der Schirmflicker Klein erhielt einen Bauch- und Armschuß. Zwei Zigeuner wurden lebensgefährlich verletzt. Nach der Schießerei ergriffen die Zigeuner die Flucht. Sie konnten aber von der Polizei gestellt und dingfest gemacht werden. Der Haupttäter, der den Geschäftsführer Gruben erschossen hat, ist ein Zigeuner namens Wagner, der schon seit längerer Zeit wegen der Erschießung eines Landjägers steckbrieflich verfolgt wird. In dem Wohnwagen der Bande wurden zahlreiche Revolver und andere Waffen gefunden.

** Boston, 5. Juli. 50 Menschen im Tanzsaal erschlagen. Etwa hundert Personen nahmen an einer Vorfeier des 4. Juli (amerikanischer Nationalfeiertag) teil, den der hiesige Picnic-Club in seinem Gebäude veranstaltete. Durch den Einsturz einer Seitenwand des fünfstöckigen Hauses, der in der frühen Morgenstunde erfolgte, wurden die Festgäste verschüttet. Man fürchtet, daß 50 Menschen umgekommen sind. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Die eingestürzte Wand war durch Ausgrabungen einer nebenan gelegenen Baustelle bereits geschwächt, und der Einsturz erfolgte, als das Orchester gerade zum Tanz aufspielte. Infolge des Einsturzes der Wand brachen die drei unbewohnten Oberstockwerke und Teile des zweiten Stockwerks herunter. Der ganze Tanzboden gab nach und stürzte in das Erdgeschloß hinab, wobei er die Mehrheit der Anwesenden unter den Trümmern begrub.

** New York, 5. Juli. Eine Stadt verbrannt. Nach einer Meldung aus Bogota in Kolumbien ist die Stadt Manicabel, die 65 000 Einwohner zählt, durch eine bei einem Farbenhändler ausgebrochene Feuersbrunst vollständig zerstört worden. Der Schaden wird auf 50 Millionen Dollar geschätzt. Fünf Personen wurden getötet und zwanzig verletzt. Die Bevölkerung kampiert im Freien.

London, 5. Juli. Erdbeben in Japan. Aus Japan werden zwei neue Erdbeben gemeldet, das eine von 2,30 Uhr und das andere von 4,30 Uhr nachts. Die Erdstöße ereigneten sich in Tottorie, im südlichen Teile des japanischen Festlandes. Diese Stadt hat 26 000 Einwohner. Sie liegt im Distrikt des furchtbaren Erdbebens vom 24. Mai, das — wie erinnerlich — Hunderte von Menschen forderte. Die jetzigen Nachrichten besagen, daß zwei Städte vollständig vom Erdboden vertilgt und Hunderte von Häusern zerstört sind. Die Eisenbahnen wurden aufgehoben, aber das Gerücht geht, daß dicht vor Tottori ein ganzer Zug verschüttet wurde. Weitere Einzelheiten fehlen zurzeit noch.

Das vorläufige Ergebnis der Volkszählung.

Berlin, 4. Juli. Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamts über die von den Gemeinden und den Statistischen Landesämtern ermittelten vorläufigen Ergebnisse der Reichs-Volkszählung vom 16. Juni 1925 beträgt die Bevölkerung des Deutschen Reichs ohne Saargebiet 62 1/2 Millionen Einwohner.

Rechnet man auch noch das Saargebiet, in dem wegen der vorübergehenden Kostrennung von der deutschen Verwaltung nicht gezählt werden konnte, mit seinen rund 750 000 Einwohnern hinzu, so beläuft sich die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs heutigen Umfangs (einschl. Saargebiet) auf 63 1/2 Millionen Einwohner.

Das ist etwa die gleiche Einwohnerzahl, die das Deutsche Reich früheren Umfangs bereits Ende 1908 aufzuweisen hatte. Bei Ausbruch des Weltkrieges zählte das Deutsche Reich 68 Millionen Einwohner. Infolge Gebietsabtretungen hat Deutschland annähernd sieben Millionen Menschen verloren. Durch den Krieg selbst an Gefallenen rund zwei Millionen, an Blockadeopfern 1/2 Million und durch den Kriegs-Geburtenausfall 2 1/2 Millionen. Ohne den Krieg und die Kriegsfolgen würde das Deutsche Reich bei normaler Weiterentwicklung innerhalb seiner alten Grenzen heute gegen 75 Millionen Einwohner haben.

Auch innerhalb der geographischen Verteilung der Bevölkerung haben sich nicht unbeträchtliche Verschiebungen gegen früher ergeben, wie sich aus der nachfolgenden Uebersicht ergeben läßt:

Einwohnerzahl des Deutschen Reichs und der Länder.

Ortsanwesende Bevölkerung nach der Zählung vom 16. Juni 1925, 8. Oktober 1919 (ohne die am Jahrestag noch nicht zurückgekehrten Kriegsteilnehmer, rund 400 000), 1. Dezember 1910 in dem heutigen Reichsgebiet (ohne Saargebiet):

	1925	1919	1910
Preußen	38 138 460	36 100 926	35 000 890
Bayern	7 398 991	7 055 459	6 892 237
Sachsen	4 970 301	4 663 298	4 806 681
Württemberg	2 591 340	2 518 773	2 437 574
Hessen	2 319 581	2 208 503	2 142 833
Thüringen	1 624 675	1 508 025	1 610 538
Meckl.	1 380 986	1 290 988	1 282 061
Hamburg	1 124 112	1 050 359	1 014 064



Ein Zwieback, wie er sein soll

Hervorragend gutes Nahrungs- und Kräftigungsmittel für Kinder und Kranke

Mit feinsten **Molkereibutter** und bester **Vollmilch** aus eigener Landwirtschaft hergestellt

Aerztlich empfohlen

Machen Sie einen Versuch!

In **Pulsnitz** zu haben bei **Richard Seller Nachf.**, Paul Ritscher, Neumarkt, Fernsprecher 129

Heimat-Festspiel.

Von nun an jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend **Bühnenprobe** punkt $\frac{1}{2}$ 8 Uhr. — Es macht sich unbedingt nötig, daß alle Darsteller stets pünktlich erscheinen

Meister's Buch - Roman!
müssen Sie lesen!

Stadtrechtsfeier mit Heimat-Fest

Die für morgen Dienstag abend einberufene Sitzung des Wohnungs- und Empfangsausschusses findet erst **Mittwoch**, den 8. Juli 1925, abends 8 Uhr im Hotel „Grauer Wolf“ statt.

Pulsnitz, am 6. Juli 1925.

Wohnungs- und Empfangs - Ausschuss

Reichsbanner

Dienstag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im Herrnhäuser
Versammlung.
Der Vorstand.

Maschinen-Reparaturen

aller Art

Wasser- u. Schwachstromanlagen

sowie sämtliche in das Schlosserei-

— fach einschlagenden Arbeiten —

führt sauber und billig aus

E. Kurt Ziegenbalg, Ohorn

Schlosserei, Dreherei und Schweißerei

Spezialität: Neulagern u. sämtliche Arbeiten an Elektromotoren

(in jahrelanger Praxis bei dem Ueberlandkraftwerk Pulsnitz A.-G. selbständig ausgeführt)

Schwefel. Ammoniak

liefert sofort ab Lager

H. M. Trepte, Kamenz, Sa.

• Ein •

Schmiedegeselle

wird gesucht.

Paul Röschke

Schmiedemeister

Gersdorf

4 gutmelkende Ziegen und 1 Zentrifuge

(40 Ltr.) sind veränderungs- halber zu verkaufen. Wo? zu erst. in der Tagebl.-Geschäftsst.

Kleiner Raum

(Parterre)

für Kontor passend, möglichst an Verkehrs- Straße gelegen, gesucht.

Offerten unter G. 6 an die Tageblatt-Geschäftsstelle.

Für Kinder

ist die beste Seife

Stechenpferd Buttermilch-Seife

Mohren-Drogerie F. Herberg / Central-Drogerie Max Jentsch
C. G. Kuring, Seifenfabrik / Otto Schuster



Reinwollene und baumwollene echtfarbige

Fahnen - Stoffe

- sowie -

fertige Fahnen und Flaggen

empfehlen zu billigsten Preisen

Fedor Hahn

Bestellungen auf fertige Fahnen zum Heimatfest erbitte möglichst zeitig

Martin Griebhammer

Hedwig Griebhammer geb. Senf

Vermählte

Pulsnitz, 6. Juli 1925

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom Sonnabend.

Am Regierungstische: Reichsarbeitsminister Brauns.

Das Haus ist fast leer.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung.

Ein kommunistischer Antrag auf Haftentlassung der Abg. Hedert und Pfeiffer (Komm.) wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Die Vorlage über Gebühren für Arbeitsbücher wird in dritter Lesung angenommen.

Das zur dritten Lesung stehende Handelsabkommen mit Griechenland wird auf Antrag des Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) dem Auswärtigen und dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über den Schutz der Jugend bei Luftbarkeiten, verbunden mit einem sozialdemokratischen Antrag über die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Nach der Vorlage kann die Beschäftigung und der Besuch von Minderjährigen unter 18 Jahren für bestimmte Luftbarkeiten, Schaustellungen usw. verboten oder eingeschränkt werden.

Abg. Frau Schröder-Schleswig-Holstein (Soz.) berichtet über die Verhandlungen des Sozialen Ausschusses, betr. die Kinderarbeit.

Abg. Frau Arendsee (Komm.) wirft der Regierung vor, sie wolle nicht die Jugend schützen, sondern sich selber vor der aufstrebenden Jugend Schutz verschaffen.

Abg. Schwarzer-Oberbayern (Bay. V. P.) ist wohl mit der Tendenz der Ausschlußbeschlüsse einverstanden, aber nicht mit ihrer Fassung. Das vollständige Verbot von Kinderfilm aufnahmen würde die Industrie in Deutschland unnötig schädigen, während die Kinderaufnahmen dann in der Schweiz, in Wien usw. gefilmt würden. Man könnte die Filmgesellschaften zwingen, daß Kinderaufnahmen nur in der Gegenwart der Mutter stattfinden. Der Redner fordert eine nochmalige Nachprüfung der Vorlage im Ausschuss.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) wendet sich entschieden gegen diesen Vorschlag. Auch der Berliner Polizei-Präsident hält eine strenge Kontrolle der Kinderaufnahmen für notwendig.

Abg. Mumm (Dn.) beantragt, die Vorlage einem besonderen Ausschuss zu überweisen.

Abg. Frau Schröder (Soz.) setzt sich eindringlich für die Ausschlußbeschlüsse ein.

Die Regierungsvorlage über den Schutz der Jugend bei Luftbarkeiten wird einem besonderen Ausschuss überwiesen, die Ausschlußbeschlüsse über die Kinderaufnahmen beim Film werden in zweiter Lesung angenommen.

Darauf gibt Präsident Löbe bekannt, daß der Reichskanzler der Auffassung ist, daß eine politische Aussprache über die Außenpolitik jetzt noch nicht stattfinden könne, weil sie die diplomatischen Verhandlungen stören würde. (Lärm links.)

Abg. Dittmann (Soz.) erhebt Einspruch dagegen, daß man die Note abfenden wolle, ohne den Reichstag gehört zu haben.

Abg. v. Graefe (Dn.) wirft dem Vorredner vor, er habe sich mit mädchenhafter Schamhaftigkeit in die unermessliche Verschiebung der außenpolitischen Debatte geflüchtet.

Staatssekretär Kempner gibt eine Erklärung ab, daß die Erörterung der Außenpolitik vor der Sommerpause noch stattfinden werde, sobald die Antwortnote überreicht sei.

Abg. Rosenberger (Komm.) erwidert dem Staatssekretär, daß kein europäisches Parlament außer dem Reichstage sich eine solche Antwort gefallen lassen würde.

Abg. Breitscheid (Soz.) verlangt eine Antwort von der Regierung, aus welchen Gründen sie die Verschiebung der politischen Aussprache wolle. Der Redner erklärt sich gegen jede Geheimdiplomatie.

Der Zentrumsabg. Fehrenbach ermahnt den Reichstag zu einer nüchternen Auffassung der Sachlage.

Der Demokrat Haas stimmt der Auffassung zu, daß der Reichskanzler zunächst gehört werden müsse. Was nütze eine Aussprache im Plenum, wenn sich die Regierung an ihr nicht beteilige.

Der Kommunist Stöcker bezeichnet die Erklärung des Staatssekretärs als eine Provokation. Er möchte sofort den Außenminister laden.

Noch einmal tritt der völkische Abg. von Graefe auf. Er ist der Meinung, die Regierung wolle nur Zeit gewinnen, um die Note vorher abzufenden.

Der Führer des Zentrums Fehrenbach richtet zur Klarstellung an die im Hause anwesenden Minister die Frage, ob nach der Geschäftslage es dem Kabinett überhaupt möglich sei, die Note vor dem Erscheinen des Kanzlers im Kabinettsrat abzugeben.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erwidert ihm, daß der Reichskanzler und der Außenminister überhaupt nicht in Berlin anwesend seien. Der Reichskanzler werde sicher bereit sein, schon in den allernächsten Tagen mit den Reichstagsfraktionen Fühlung zu nehmen. Es liege ihm die Absicht fern, einen Kabinettsbeschluss über die Antwortnote herbeizuführen, ehe diese Fühlungnahme stattgefunden habe.

Schließlich wird der Antrag, am Montag in die außenpolitische Debatte einzutreten abgelehnt, und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Völkischen. Ein sozialdemokratischer Antrag, keinesfalls eine Note in der Frage des Sicherheitspaktes abzufenden, bevor eine Aussprache im Reichstag stattfand, wird gleichfalls abgelehnt. Beschlossen wird ferner, die nächste Reichstagsitzung erst am Mittwoch abzuhalten.

Die 175. Ausschußversammlung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Baugen

fand am Donnerstag, den 2. Juli in Baugen im Saale des Hotels „Weißes Roß“ vormittags 10 Uhr statt. Der Vorsitzende, Herr Rittergutsbesitzer Dekonomierat Richter-Lautitz, begrüßte bei der Eröffnung ganz besonders die Herren Kreisbauhauptmann Richter, Amtshauptmann Dr. Jungmann-Baugen, den Herrn Landesbesitzstellen, Herrn Rittergutsbesitzer v. Waghorn, später im Verlaufe der Versammlung noch die Herren Oberbürgermeister Niedner-Baugen, Rittergutsbesitzer Dr. Heiber und Weisflog, sowie die Herren Veterinäre Dr. Ernesti und Stefani und Herrn Spezialkommissar Wolf. Dann gab er bekannt, daß die Arbeiten des Landeskulturrates nunmehr durch die neugebildete Landwirtschaftskammer weitergeführt würden, an deren Spitze bei der tags zuvor stattgefundenen Vorbesprechung Herr Rittergutsbesitzer Vogelgang-Ebersbach gewählt worden sei. Der diesjährige Ernteertrag sei in

diesem Jahre nur als ein mäßiger zu erwarten. Ungeheuer sei die Handelsunterbilanz der letzten Monate, vor allem in der Zeit vom Januar bis Mai. Im Mai betrug sie 75 Millionen Goldmark. Die Handelsunterbilanz im Jahre 1924 wurde mit 2,7 Milliarden eingeleitet, die Ausfuhr mit 3,620 Milliarden. Das lasse erkennen, daß die deutsche Wirtschaft sich selbst tragen könne. In erster Linie sei dies eine Aufgabe der deutschen Landwirtschaft, der man allerdings die nötigen Realkredite bereitstellen müsse. Vor allem müsse man ihr ebenso wie der Industrie Schutzgölle gewähren. Dies sei sogar auch eine Lebensfrage für die Industrie, denn nur eine gesunde Landwirtschaft könne landwirtschaftliche Maschinen kaufen. Herr Kreisbauhauptmann Richter schloß sich in kurzen Worten diesen Ausführungen, hauptsächlich im Hinblick auf die Zollfragen, an und betonte, daß die Landwirtschaft zu den tüchtigsten und fleißigsten Ständen gehöre. Er wünschte ihr in Zukunft ein stetes Emporblühen und hob hervor, daß ihren Interessen im Bezirk Baugen weitgehende Förderung zuteil werde. Eine Reihe verdienstvoller Landwirte wurden im weiteren Verlaufe der Versammlung durch Auszeichnungen geehrt. 1000 Mark wurden genehmigt für Ehrenpreise zur Ausstellung in Dresden und in Bernstadt und zwar 600 Mark für Dresden und 400 Mark für Bernstadt. Zu einer längeren Aussprache führte die vom Ministerium in Aussicht genommene Umgestaltung des landwirtschaftlichen Schulwesens in Sachsen, welches einen neuen Stundenplan und eine Mehrbelastung um 50 Prozent, also von 636 000 Mark auf 1 200 000 Mark zur Folge haben würde. Seitens der Landwirtschaft soll dieser Plan solange abgelehnt werden, solange man diese Lasten der Landwirtschaft auferlegen will, statt sie aus Staatsmitteln zu bestreiten. Die Feier des 50-jährigen Bestehens der Landwirtschaftlichen Schule zu Baugen wird auf den 11. und 12. Dezember 1925 vorgezogen. Geplant ist hierbei die Errichtung eines Ehrenmales für die ehemaligen Schüler der Schule. Für die Kreiskörperschaften sind im Vorschlag gebracht worden die Herren Dekonomierat Richter-Lautitz, Dekonomierat Böhmke-Biberich, Dr. Heiber, Birkau und Gutsbesitzer Hantsche-Pretitz. Für die Steuerkommission wurden vorgeschlagen zur Auswahl der besten, mittleren und geringeren Betriebe in der 2. Zone folgende Herren: a) für den Bezirk Baugen: Rittergutsbesitzer Stärker-Großschäfer, Gutsbesitzer Richard Zieschang-Kleinpraga; b) für den Bezirk Böbau: Rittergutsbesitzer Dr. v. Döppel-Niederfiedersdorf, Rittergutsbesitzer Petermann-Rodewitz; c) für den Bezirk Jitzau: Gutsbesitzer Julius Förster-Mittelhermisdorf, Gutsbesitzer Richard Runack-Schlegel b. Hirschfeld; d) für den Bezirk Kamenz: Gutsbesitzer Dr. Weigmann-Pulsnitz, Rittergutsbesitzer E. Nische-Wischheim bei Kamenz. Nach diesen geschäftlichen Dingen ergriff Herr Diplombauernicht Eichhorn das Wort zu seinem Vortrag über die Bedeutung der Versuchsringe für die Landwirtschaft, worin er die Vorzüge solcher Unternehmungen hinsichtlich der Steigerung der Bodenerträge eingehend beleuchtete.

Albumvers

für manchen mehr eingebildeten als ausgebildeten jungen Mann.

„Den Nüssel hoch! Das Maul recht groß!
Und mächtig brüllen um die Wette!“ —
So zeigt der Zeitgeist sich famos
Der Welt im herrlichen Quette.

Das Maul weit auf bei jedem Quark,
Beim Sport, beim Zahnarzt, beim Vergnügen,
Bei Reichstagswahl und Rentenmark
Bei Unfuss, Wahrheit und bei Lügen.

(Diese Strophe von Dr. Fritz Bögel in Leipzig erhielt bei einer Preisausschreibung der bekannten Berliner Illustrierten Zeitung unter vielen hundert Einsendungen den Preis von 500 M.)